

Warme Worte – heiße Luft

Die Bundesregierung überlässt
die Bildung lieber anderen

01/2006



Bildung
Wissenschaft
Forschung

Ohne Zähne kein Biss –

das weiß man/frau auch, ohne den Arzt oder Apotheker fragen zu müssen.

Umso verwunderlicher ist es, dass die neue Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung das Wachsen und Gedeihen von Bildung und Forschung beschwört, in der Föderalismusreform aber der Kleinstaaterei das Wort redet und Gestaltungs- und Entscheidungsrechte abgibt.

Der Bund verliert jegliche Zuständigkeit im Bereich der allgemeinen Bildung und der Hochschulen. Die Einheitlichkeit des deutschen Hochschulsystems wird aufgegeben. Der Rückzug des Bundes aus der Hochschulbauförderung wird nicht dazu beitragen, dass Hochschulen Um- und Erweiterungsbauten durchführen können, um dem prognostizierten „Studierendenberg“ 2012–2015 schon allein räumlich gewachsen zu sein.

Ob es möglich und machbar sein wird, dass Bund und Länder sich zukünftig auf (Sonder-) Programme im Hochschulbereich inklusive deren Finanzierung verständigen, bleibt abzuwarten.

Im Bereich der Forschung können Bund und Länder künftig aufgrund von Vereinbarungen „in Fällen überregionaler Bedeutung“ zusammenwirken, so die vorgesehene Formulierung im neugefassten Artikel 91 b des Grundgesetzes. Hier steht zu befürchten, dass Länder-Egoismen und die Kluft zwischen armen und reichen Bundesländern wachsen werden.

Das Anliegen, das Kanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung zum Punkt Föderalismusreform vorgetragen hat, nämlich „im internationalen Wettbewerb schnellere Entscheidungsmechanismen durchzusetzen“, wird durch langwierige Verhandlungen über Kann-Bestimmungen bestimmt nicht befördert.

Andere europäische Länder einstimmig, Deutschland im Chor? Das wird nur Gesangsfreunde fröhlich stimmen. ●



Petra Gerstenkorn

Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

Petra Gerstenkorn

Inhalt

Schwerpunkt: Die schwarz-rote Bundesregierung

Der Bund kastriert sich bei der Bildung 3–4

Interview mit Hans-Olaf Henkel:
Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Wettbewerb 5

Arbeitsmarktpolitik: Große Pläne – wenig Geld 6

Ungewisse Zukunft der Ein-Euro-Jobs 7

Studiengebühren: Fataler Dominoeffekt 8

Lesen wird zu einer Frage des Geldbeutels 9

Ein Signal für den Flächentarifvertrag 10

Freu(n)de in Deutschland 11

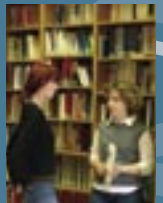
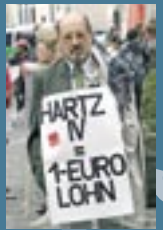
Seminare 12

Impressum

Der ver.di Report **biwifo** Nr. 01/2006 · Februar 2006
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn
Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
Internet : www.verdi.de
Grafisches Konzept: Hansen Kommunikation GmbH
Marspfortengasse 6, 50667 Köln
Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers
Druck: apm AG Darmstadt,
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
Titelbild: David Ausserhofer
W-1728-22-0206
Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Internet: www.biwifo.verdi.de
Ansprechpartner biwifo-Report:
holger.menze@verdi.de
Tel.: 030/69 56-14 10 · Fax: 030/69 56-32 11



Der Bund kastriert sich bei der Bildung

„Die Regierung wird überall sparen – nur nicht bei Forschung, Entwicklung, Bildung und Ausbildung,“ verkündete Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Silvesteransprache. Auch Ministerin Annette Schavan hatte bei ihrem Antritt davon geschwärmt, Deutschland zu einer „international anerkannten Talentschmiede zu entwickeln.“ Sechs Milliarden Euro zusätzlich will die schwarz-rote Bundesregierung in dieser Legislaturperiode lockermachen.

VON ANNETTE JENSEN

Zwar liegt der Haushaltsentwurf noch nicht vor. Doch die Prioritätensetzung scheint eindeutig. Scheint. Denn zugleich will die Koalition bei der Bildung die wichtigsten Instrumente aus der Hand geben, mit denen sie das Ziel ansteuern kann. Künftig sollen die Länder ganz allein dafür zuständig sein. So hat es die Föderalismus-Arbeitsgruppe unter Führung von Wolfgang Schäuble beschlossen, und so steht es im Koalitionsvertrag. Noch ein Jahr zuvor hatte SPD-Chef Franz Müntefering erklärt, die Differenzen in der Bildungspolitik seien „unüberbrückbar“ und ein völliger Rückzug des Bundes aus der Verantwortung mit den Sozialdemokraten nicht zu machen. Doch im November 2005 segnete er genau diese Entscheidung ab.

Schluss mit Bundesprogrammen

Ein Ganztagschulprogramm, wie es Ex-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn aufgelegt hat, kann es künftig nicht mehr geben. Auch vom Bund finanzierte Modellprogramme zur Förderung leistungsschwacher SchülerInnen sind ausgeschlossen. Und ebenfalls der Vergangenheit angehören wird bald die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern. Bundesministerin Schavan sieht in all dem kein Problem. Sie vertraut auf „Wettbewerbsföderalismus“ und glaubt, dass sich die Länder bei der Verbesserung der Schulen gegenseitig anstacheln. Auch die künftig vom Bund geförderte Bildungsforschung werde den Ländern Impulse geben, ihren Unterricht zu verbessern, ist Schavan überzeugt.

Nicht nur in der Opposition sitzen viele SkeptikerInnen. Auch der für Bildung und Forschung zuständige SPD-Fraktionssprecher Jörg Tauss

sieht in den Beschlüssen einen „erheblichen Rückschlag für den Bildungsstandort Deutschland“. Täglich erleben SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen leidvoll, dass die Länder ihrer Bildungsverantwortung nicht gerecht werden. Viele KultusministerInnen schaffen es nicht einmal, die benötigte Zahl von LehrerInnen zu berechnen, sodass ständig Unterricht ausfällt. Krista Sager von den Bündnisgrünen sieht „die Gefahr, dass zur Spaltung entlang der sozialen Herkunft eine Benachteiligung hinzu kommt, je nachdem, ob man in einem reichen oder in einem armen Bundesland aufwächst.“

Rückzug aus den Hochschulen

„Wir halten fest am Ziel, mindestens 40 % eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen“, steht im Koalitionsvertrag. Wie die Regierung das erreichen will, bleibt rätselhaft. Denn auch bei den Universitäten will der Bund sich völlig raushalten. Nachdem die frühere Bildungsministerin Bulmahn vorm Bundesverfassungsgericht mit dem Verbot von Studiengebühren gescheitert war, drohen nun auch noch die Reste des Hochschulrahmengesetzes verloren zu gehen. Kommt die Grundgesetzänderung durch, so wie es die Föderalismus-Arbeitsgruppe beschlossen hat, sind nicht einmal mehr bundeseinheitliche Regelungen bei Zulassung und Abschluss garantiert: Die Länder sollen eine Ausstiegsoption bekommen. Auch eine unterschiedliche Besoldung der BeamtInnen in reichen und armen Ländern wäre nach der Föderalismusreform möglich. Nicht auszuschließen ist, dass reiche Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg die besten WissenschaftlerInnen einkaufen, saftige Studiengebühren verlangen und sich auf die Eliteförderung konzentrieren. „Freiheit von unnötiger Bürokratie und überflüssiger Reglementierung“, nennt Schavan das.

Mehrere Ministerpräsidenten hatten zunächst Bedenken gegen die Reform angemeldet. Doch kurz vor Weihnachten stimmten alle Länderchefs für die föderale Neuordnung. So spricht fast alles dafür, dass Bundestag und Bundesrat bis zum Sommer die notwendige Grundgesetzänderung beschließen werden.

Einige SPD-Abgeordnete wollen indessen dafür kämpfen, dass die nötige Zwei-Drittel-

■ Toooooor?

Wir sind Weltmeister! Ganz bald im Fußball und fast so bald in Wissenschaft und Forschung. Damit wir das glauben und die anderen es endlich erfahren, liest sich die Homepage des neu beschnittenen Ministeriums für Bildung und Forschung schon heute wie die Seite des DFB. Weltspitze – Wir-(sind-wieder-wer-)Gefühl – Exzellenz – Wettbewerb. Wie im Spitzensport läuft in der Spitzenwissenschaft der Anreiz über Prämien; Erkenntnisinteresse und gesellschaftlicher Fortschritt waren gestern.

Die Wissenschaftspolitik unter Schwarz-Rot ist endlich in der schönen neoliberalen „Wettbewerbsgesellschaft“ angekommen. Auch viele akademische SpitzenspielerInnen scheinen sich mit der neuen Lesart schnell zu arrangieren. Wer dagegen weiter von Wissenschaft in breiter gesellschaftlicher Verantwortung und als wichtigem Element regionaler Strukturpolitik spricht, gilt hier als uncool – und damit 2. Liga.

Versammeln wir uns demnächst also alle mit Sixpack vor dem Fernseher unserer Einrichtung und fiebern mit, wenn Annette Schavan die Sieger der zweiten Runde im Exzellenz-Wettbewerb zieht (Premiere und Sat 1 streiten noch um die Rechte)?

Es gibt Alternativen! Eine progressive gewerkschaftliche Position kann sie stark machen: für den Eigensinn wissenschaftlicher Arbeit, für einen breiten wissenschaftlichen Mittelbau, für eine vielfältige und regional verankerte Forschungslandschaft, für QuerdenkerInnen und für finanzielle Planungssicherheit – für Qualität in der Breite statt Wettbewerb um die Spitze. Dann klappt's auch mit der Stiftung Warentest.

Julia Müller



Foto: David Ausserhofer

Der Schulunterricht war schon immer Ländersache. Doch künftig darf der Bund auch keine Sonderprogramme zum Beispiel für Ganztagschulen mehr starten.

Mehrheit für die Verfassungsänderung im Bundestag nicht zustande kommt. In der schleswig-holsteinischen Landesregierung grummelt es ebenfalls, und auch die Hochschulrektorenkonferenz schlägt Alarm. Sie fürchtet „Kleinstaaterei“ und die Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hochschulen. In die Gruppe der KritikerInnen eingereiht hat sich außerdem der Wissenschaftsrat (WR), das höchste Beratungsgremium für Bund und Länder. Dass Hochschulsonderprogramme (HSP) des Bundes rechtsstaatlich nicht mehr möglich sein werden, „beunruhigt uns am allermeisten“, sagt WR-Chef Karl Max Einhäupl. Zum Beispiel darf der Bund Frauenförderung in Lehre und Forschung mittels HSP künftig gar nicht mehr betreiben, so wie die Regierung es noch im Koalitionsvertrag angekündigt hat. Völlig unklar ist auch, wie die Länder den Studentenansturm bewältigen sollen, der in ein paar Jahren allein schon durch das parallele Abitur von 12. und 13. Klassen zu erwarten ist. Einhäupl fordert hierfür die Möglichkeit von Bundesprogrammen, „mit denen auch Personal bezahlt wird. Sachmittelprogramme allein reichen nicht.“ Immerhin kündigten Bund und Länder Ende Januar einen Hochschulpakt an, der noch vor Verabschiedung der Föderalismusreform in Kraft treten soll. Inhalt: Völlig unklar.

Nicht einmal beim Hochschulbau möchte der Bund künftig noch mitbestimmen. Obwohl mehrere Länder die Zuschüsse in den letzten Jahren mangels Eigenmitteln nicht abgerufen haben, will die neue Regierung ihnen auch hier die Gesamtverantwortung übertragen. Bis zum Jahr 2013 überweist der Bund den Ländern die bisherigen Beträge noch mit Zweckbindung, danach können die Länder sogar ganz frei über das Budget verfügen – und ab dem Jahr 2019 ist die Finanzierung des Hochschulbaus vollständig Sache der Länder.

Mehr Geld für Forschung

Lediglich beim Einkauf von Großgeräten und durch Forschungsförderung kann der Bund dann noch indirekt an den Hochschulen mitmischen. Erklärtes Ziel der neuen Regierung ist, dass Universitäten und andere Wissenschaftsinstitute enger zusammenarbeiten.

3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) sollen hierzulande künftig für Forschung und Entwicklung investiert werden; bisher sind es 2,5 %. Vor allem Nano- und Biotechnologie, Sicherheits-, Gesundheits- und Altersforschung liegen Annette Schavan am Herzen. Doch nicht für alle Wissenschaftsbereiche wird die Ministerin künftig zuständig sein. Als Edmund Stoiber noch den Anspruch auf den Sessel eines Superministers erhob, wollte er drei zentrale Abteilungen ins Wirtschaftsministerium abziehen, die für ein Viertel des Forschungsetats stehen. Ganz so hart kam es nach Stoibers Abgang dann doch nicht. Aber auch der CSU-Ersatzmann Michael Glos beanspruchte zumindest ein Mini-Superministerium für sich. So sind die Abteilungen für Verkehr, Luft- und Raumfahrt sowie Patente und Erfindungsförderung Anfang des Jahres aus Schavans Haus ins Wirtschaftsministerium umgezogen.

Vor allem Werbung für lebenslanges Lernen

Ein weiterer Punkt im Koalitionsvertrag: Weiterbildung soll „zur 4. Säule des Bildungssystems“ ausgebaut werden. Insbesondere sozial Benachteiligte will die neue Bundesregierung stärker fördern. Steht dort. Wie sie das machen will, steht dort nicht. Als konkrete Pläne genannt werden lediglich eine Weiterführung des Meister-Bafögs, die Optimierung von Bildungsberatung sowie ein Programm zum Bildungssparen, das aber auf jeden Fall haushaltsneutral gestaltet werden soll. „Die Tarifvertragsparteien ermuntern wir, die Einrichtung von Bildungszeitkonten zu vereinbaren.“ Fraglich ist, ob sich mit so wenig Power der Trend umkehren lässt, dass in Deutschland immer weniger Geld für Weiterbildung ausgegeben wird. ●



„Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Wettbewerb“

Hans-Olaf Henkel (65)
leitete bis vor kurzem die Leibniz-Gesellschaft.
Früher war er BDI-Chef.

biwifo: Herr Prof. Henkel, der Wissenschaftsrat und die DFG haben im Januar 2006 in einer ersten Auswahlrunde der Exzellenz-Initiative zehn Universitäten benannt. Wie bewerten Sie dies vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen in der Leibniz-Gemeinschaft?

Hans-Olaf Henkel: Ich finde es ganz bemerkenswert, dass der Wissenschaftsrat und die DFG sich nicht durch politische Einflüsse steuern ließen. Universitäten, die schon gesetzt schienen, wurden nun nicht nominiert, während sich wirklich leistungsstarke Einrichtungen, wie die FU Berlin, durchsetzen konnten. Wenig verwunderlich ist das eindeutige Nord-Süd-Gefälle: Fast alle benannten Hochschulen sind im Südwesten oder Süden Deutschlands. Das ist das Resultat der jahrzehntelangen Forschungs- und Bildungspolitik der einzelnen Länder. Insgesamt stehe ich der Exzellenz-Initiative aber skeptisch gegenüber. Mit einem Beauty-Contest, in dem man ein bisschen Geld auslobt, schafft man kein Harvard und kein Princeton.

Was fehlt da?

Es fehlt ein Wettbewerbssystem. Der Beauty-Contest bringt natürlich Wettbewerb. Aber auch durch eine Miss-Germany-Wahl werden die Frauen nicht schöner. Wir brauchen Wettbewerb zwischen Studierenden, Wettbewerb zwischen Universitäten, Wettbewerb zwischen Professoren, und vor allen Dingen Wettbewerb zwischen Bundesländern. Die Exzellenz-Initiative ist hier ein kleiner Anfang, deutliche Fortschritte erhoffe ich mir aber von der Föderalismus-Reform.

Welche konkreten Schritte empfehlen Sie der neuen Bundesregierung und von welcher gesellschaftlichen Vision sollte diese Politik geleitet sein?

Mir schwebt die Vision einer wettbewerbsfähigen Gesellschaft vor, dafür gibt es viele Methoden und Instrumente. Ein Instrument ist der Wettbewerb selbst. Durch die Föderalismusreform wird die Verantwortung für Hochschulen und Schulen dorthin gelegt, wo sie hin gehört, in die Bundesländer. Aber nun müssen diese sie an die Universitäten und Schulen selbst delegieren und dafür sorgen, dass sie autonom handeln können. Nur so können auch in Deutschland wirkliche Elite-Universitäten und bessere Schulen geschaffen werden.

Welche Rolle spielt dabei noch gestaltende Politik?

Eine ganz wichtige; sie muss sicherstellen, dass der Wettbewerb funktioniert. Denn wie beim Fußball braucht auch der Wettbewerb Regeln. Hier ist die Politik gefordert, sie muss für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Die Bildungspolitik der letzten

Jahrzehnte war fasziniert von der Gleichmacherei. Alle sollten Abitur machen, an Universitäten studieren und zu Akademikern werden. Mit so einer Idee schalten sie den Wettbewerb aus. Klar, wir brauchen gleiche Startchancen für alle, aber es ist unsinnig, nun dafür sorgen zu wollen, dass auch alle zur gleichen Zeit im Ziel ankommen. Das Ergebnis dieser Politik: Von den besten Universitäten der Welt gibt es nur noch sechs deutsche und die beste ist die Münchener Universität auf Platz 52.

Man kann für eine Flexibilisierung der Strukturen eintreten oder die Flexibilisierung der so genannten Humanressourcen fordern. Welchen Weg sollte die Politik einschlagen?

Das kann man nicht trennen. Ich selbst bin ein Produkt einer flexiblen Struktur, die mich zwang, selbst flexibel zu sein. Über den Zweiten Bildungsweg habe ich mir die Hochschulreife erarbeitet und studiert. Das war nach dem Krieg die besondere Leistung der Hamburger Bildungspolitik, den Quereinstieg in die akademische Welt zu ermöglichen.

Was soll die Politik heute also fördern: Die Leuchttürme oder eine breitenwirksame Wissenschaft auf hohem Niveau?

Die Bildungspolitik der 68er hat das Tempo des Langsamsten zum Maß für alle gemacht, dadurch wurde das Niveau von Wissenschaft und Forschung in der Breite als auch in der Spitze stark zurückgenommen. Deutschland ist heute in Sachen Bildung ein Land, das sich wieder entwickeln muss. Die Pisa-Schüler machen demnächst ihren Abschluss, sie gehen in die Wissenschaft, in die Wirtschaft, die Politik, sie kommen zu ver.di. Und sie sollen im internationalen Wettbewerb gegen junge Leute aus anderen Ländern antreten, die laut Pisa-Studie wesentlich besser sind.

Nur für rund ein Fünftel aller professorablen Wissenschaftler gibt es adäquate Dauerstellen. Ein Großteil hangelt sich von Projekt zu Projekt, lebt und arbeitet in prekären Verhältnissen. Die Exzellenz ist da, der Arbeitsmarkt aber nicht.

Es stimmt, wir haben zu wenige Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker, auch in der Wirtschaft. Eine Ursache liegt wie erwähnt im Bildungssystem. Zweitens gibt Deutschland zu wenig für Forschung und für Bildung, aber zu viel für Soziales aus. Hier hat die Politik in den letzten 30 bis 40 Jahren falsche Prioritäten gesetzt. So haben wir in Deutschland zu wenige Lehrstühle. In Kanada z.B. hat die Regierung ganz andere Prioritäten gesetzt, indem sie 2000 zusätzliche Lehrstühle innerhalb von fünf Jahren finanziert hat! Finanzierbar sind diese Prioritäten, weil dort der Rest der Bevölkerung mehr Verantwortung für sich selbst übernimmt und deshalb die Ausgaben für Soziales viel geringer sein können. ●

Interview: Julia Müller/Hasko Hüning

Arbeitsmarktpolitik: Große Pläne – wenig Geld

Die aktive Arbeitsmarktpolitik war für Kanzlerin Angela Merkel und Arbeitsminister Franz Müntefering beim Amtsantritt kaum der Rede wert. Nur die Änderungen für die Hartz IV-Empfänger erläuterten sie in ihren Regierungserklärungen ausführlicher. Der Koalitionsvertrag aber belegt, dass bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gravierende Veränderungen ins Haus stehen.

VON ULRICH KREUTZBERG

So plant die neue Regierung, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab 2007 um zwei Prozent zu senken. „Einen Prozentpunkt davon finanziert die Bundesagentur für Arbeit (BA) durch Effizienzgewinne und Effektivitätssteigerung“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag. Das entspricht etwa 7 Milliarden Euro. Weil beim Arbeitslosengeld keine Kürzungen beschlossen wurden, kann dieser Betrag nur bei den so genannten Ermessensleistungen eingespart werden. Im Klartext: Die 7 Milliarden werden erneut bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen abgezwickelt.

Schon in den vergangenen Jahren hatte die BA hier Preisdumping betrieben und die Kostenätze um 25 bis 30 Prozent gesenkt. In den letzten eineinhalb Jahren sparte die BA bei Trainingsmaßnahmen 130 Millionen Euro, bei der Beauftragung anderer Institutionen mit der Vermittlung 116 Millionen und bei berufsvorbereitenden Maßnahmen 90 Millionen Euro ein.

Die Koalition hat angekündigt, alle bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente kritisch zu überprüfen. Schon jetzt scheint ausgemacht, dass die Personal-Service-Agenturen und die Ich-AGs auf der Strecke bleiben werden; beide galten als Herzstücke der Hartz-Reformen. Klar ist allerdings auch, dass ein Stopp der Ich-AGs nicht sofort zur gewünschten Kassenentlastung führen wird, weil die Existenzgründer noch zwei bis drei Jahre Anspruch auf den BA-Zuschuss haben.

Arbeitslosengeld-I-EmpfängerInnen müssen warten

Aufgrund der Einsparvorgabe ist absehbar, dass es ab 2007 kaum noch aktive Arbeitsmarktpolitik für die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld I (ALG-I) geben wird. Auf jedwede Qualifizierung werden sie in der Regel ein Jahr warten müssen, bis sie als ALG-II-Empfänger bei den ARGen landen. Dort können sie dann vielleicht mit Fortbildungen oder anderen Unterstützungsmaßnahmen rechnen.

Vielleicht. Denn schon heute hat fast nur derjenige eine Chance in den Genuss von Bildungsangeboten zu kommen, der entweder unter 25 oder über 50 Jahre alt ist. Zwar ist unbestritten,

dass beide Altersgruppen besondere Problemlagen haben. Die Jungen müssen unbedingt erstmals in den Arbeitsmarkt hineinkommen, und die Anhebung des Rentenalters erfordert von vielen Älteren Nachqualifizierungen. Wenn aber das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) feststellt, dass gerade für schlecht ausgebildete ArbeitnehmerInnen die Zukunftsaussichten extrem schlecht sind, muss auch bei ihnen die Zeit der Arbeitslosigkeit unbedingt für Weiterbildung genutzt werden. Das kürzlich beschlossene 200 Millionen-Euro-Sofortprogramm ist angesichts der Dimensionen nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Berufsvorbereitung soll gestrichen werden

Die Koalition will außerdem Berufsvorbereitungsmaßnahmen aus dem Leistungskatalog der BA streichen und den Ländern übertragen. Doch bisher ist weder die Finanzierung geklärt, noch steht fest, welche Institutionen die Aufgabe künftig übernehmen sollen. Schulmüde Jugendliche einfach wieder in die Berufsvorbereitungsklassen an den Berufsschulen zu stecken, löst dieses Problem jedenfalls nicht.

Völlig unerwähnt ließen Merkel und Müntefering in ihren Regierungserklärungen den so genannten Aussteuerungsbetrag. 10.000 Euro muss die BA für jeden Jobsuchenden zahlen, der von Arbeitslosengeld I zu II wechselt. Fürs laufende Jahr hat die BA hierfür 5,3 Milliarden Euro Versicherungsgelder eingeplant, die aus ihrer Kasse in den Bundeshaushalt wandern.

Dieser Aussteuerungsbetrag erweist sich zunehmend als Mauer zwischen den beiden Sozialgesetzbüchern II und III. Während er Arbeitslosengeld I erhält, bekommt der Jobsuchende nämlich von der BA nur Angebote, die innerhalb der Bezugszeit liegen. Es findet also keine längerfristig angelegte Betreuung mehr statt. Dies führt beispielsweise dazu, dass die BA keine Umschulungen – also die Ausbildung in einen neuen Beruf – mehr fördert, weil sie in der Regel 24 Monate dauern. ●

Ungewisse Zukunft der Ein-Euro-Jobs

„Zusatzjobs“ – noch nie gehört? So nennt die Bundesagentur für Arbeit (BA) neuerdings Ein-Euro-Jobs. Die Umbenennung soll helfen, das negative Image dieser Maßnahme zu verbessern, die im Amtsdeutsch nach wie vor Mehraufwandsentschädigung (MAE) heißt.

VON HANNELORE REINER

Der Koalitionsvertrag erwähnt Ein-Euro-Jobs und die sprachlichen Varianten davon nicht ausdrücklich. Im Kapitel über „Aktive Arbeitsmarktpolitik“ steht lediglich, dass „alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand“ gestellt werden. Alles, „was unwirksam und ineffizient ist“, werde abgeschafft. Ende 2006 soll die Prüfung abgeschlossen sein.

Ex-Arbeitsminister Wolfgang Clement hatte fürs vergangene Jahr 600.000 Ein-Euro-Jobs geplant. Dieses Ziel hat er verfehlt. Die vorläufige BA-Statistik weist für 2005 im Jahresdurchschnitt einen Teilnehmerbestand von 97.144 aus. Insgesamt wurden 299.135 Ein-Euro-Jobs bewilligt.

Hatten Gewerkschaften und einige Sozialverbände von Anfang an kritische und ablehnende Positionen vertreten, so wurden später auch mahnende Stimmen aus der Wirtschaft laut. Insbesondere das Handwerk klagte über einen Verdrängungswettbewerb und den Rückgang öffentlicher Aufträge. Dies und vermutlich auch der Druck im Wahlkampf von links dürften dazu beigetragen haben, dass inzwischen auf breiter Front über Alternativen nachgedacht wird. Die Stichworte sind Mindestlohn auf der einen und Kombilohn auf der anderen Seite.

Besonders intensiv bedienen sich Kommunen der Ein-Euro-Jobs, um ihre schlechte Kassenlage zu verbessern.¹ In Einrichtungen, die zu unserem Fachbereich zählen, werden sie dagegen – mit einer unten beschriebenen Ausnahme – eher selten genutzt. Dies hat eine erneute Umfrage in den letzten Monaten ergeben.

Der Umgang mit Ein-Euro-Jobs wird sehr unterschiedlich gehandhabt – und es sind weder regionale noch bereichsspezifische Muster zu erkennen. Während nach unserer Kenntnis z.B. die Uni Marburg verhältnismäßig viele Ein-Euro-

Kräfte einsetzt, lehnen dies andere wie die RUTH Aachen, die Uni Kiel und die TU Berlin komplett ab. Ein ähnlich buntes Bild gibt es bei den Studentenwerken. Beispiel Bayern: Drei Studentenwerke beschäftigen Ein-Euro-Jobber, zwei tun dies nicht. In Forschungseinrichtungen arbeiten offenbar keine Ein-Euro-Kräfte; lediglich aus Baden-Württemberg ist uns ein Fall bekannt.

In den meisten Institutionen unseres Fachbereichs liegt die Zahl der Ein-Euro-Jobs im unteren einstelligen Bereich. Nur in Ausnahmefällen werden mehr als zehn Leute beschäftigt. Meist arbeiten sie auf Stellen des einfachen bis mittleren Dienstes. Bevorzugte Einsatzgebiete sind Hochschulbibliotheken und Studentenwerksküchen. Oft ist es fraglich, ob das im Gesetz geforderte Kriterium „zusätzlich und gemeinnützig“ erfüllt wird.

Dass es auch in unseren Einrichtungen zu Missbrauch kommt, verwundert nicht. Oft werden die Personal- oder Betriebsräte nicht informiert, geschweige denn beteiligt, und der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern kommt allenfalls auf Nachfrage raus. Wenn die Personalvertretungen dagegen die Chance haben, die Maßnahme zu prüfen, verzichten Hochschulleitung bzw. Geschäftsführung häufig von sich aus auf die Beantragung von Ein-Euro-Jobs.

„Schützenhilfe“ gibt es inzwischen durch drei Verwaltungsgerichtsurteile. Sie unterstützen die Mitbestimmung des Personalrates bei der Einstellung von Ein-Euro-Jobbern bzw. der Einrichtung entsprechender Stellen. Auch die Ein-Euro-Jobber selbst sind durch Urteile von Sozialgerichten gestärkt worden.²

Wie bereits erwähnt gibt es eine – schwerwiegende – Ausnahme in unserem Fachbereich. Sie betrifft Weiterbildungseinrichtungen. So nutzt z.B. der Internationale Bund (IB) in Frankfurt und Hamburg Ein-Euro-Jobs in großem Umfang. In Berlin dagegen musste derselbe Arbeitgeber seine Pläne aufgeben, 600 Ein-Euro-Kräfte zu beschäftigen: Die IHK hatte Einspruch erhoben. Das Beispiel zeigt, wie sinnvoll es ist, in den Beiräten der Job-Center mitzuwirken. ●

¹ www.tacheles-sozialhilfe.de/aktuelles/2005/Presse_Verdi.html

² Mehr Infos zu den Urteilen u.a.m. unter www.verdi.de/mitbestimmung/beteiligungsrechte_br_pr_mav_bei_1-2-euro-jobs



■ Wenige studieren auf Bachelor und Master

Im vergangenen Wintersemester hatte bereits mehr als ein Drittel aller Studiengänge einen Bachelor- oder Masterabschluss (BA/MA). Allerdings nimmt die Zahl der Studierenden in diesen Studiengängen nur langsam zu. Nur etwa 16 % der Studienanfänger haben sich hier eingeschrieben. Bis zum Erreichen des „Bologna-Ziels“ im Jahr 2010 – nämlich komplette Umstellung der Diplom- und Magisterstudiengänge auf BA/MA – ist es also noch ein großes Stück hin.

Daten gibt es kostenlos bei bestellung@hrk.de

■ Anfängerquote sinkt

Im Wintersemester haben sich 1,98 Millionen Studierende an den Hochschulen immatrikuliert; dies entspricht einer Zunahme von 1 %. Rückläufig ist dagegen die Zahl der Erstimmatrikulationen. Gegenüber dem Vorjahr gibt es bundesweit 2 % weniger StudienanfängerInnen. Die Studienanfängerquote beträgt nur noch 36,7 %; im Vorjahr lag sie bei 38,9 %. Als Ursache hierfür nennt die Hochschulrektorenkonferenz die massive Streichung von Studiengängen und die Vielzahl von Zulassungsbeschränkungen (NC).

www.destatis.de

■ Unterstützung für die Generation Praktikum

Sie heißen „Praktikanten“, arbeiten aber voll im Unternehmen mit. Sie tun für den Berufseinstieg alles und landen dennoch nur in prekären Arbeitsverhältnissen. Immer mehr AbsolventInnen stecken in „Praktikantenkarrieren“ fest und schufden als Hochqualifizierte zum Nulltarif. Sowohl die DGB Jugend als auch der Verein „fairwork e.V.“ drängen auf eine politische Lösung und suchen die Diskussion mit EntscheidungsträgerInnen.

Studiengebühren: Fataler Dominoeffekt



Nach dem Ende der rot-grünen Bundesregierung sind die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen in einer noch katastrophaleren Lage als zuvor. Zugleich hat die Steuerreform die Wohlhabenden am stärksten entlastet. Für diese Politik bezahlen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Arbeitslose, AsylbewerberInnen, RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, Kranke und Behinderte durch die Sozialabbauprogramme Hartz IV und Agenda 2010. Nach den Eltern soll nun auch der nächsten Generation die Hypothek für solch eine Politik aufgehalst werden: Den Studierenden und Auszubildenden.

VON BENEDIKT ENGELMEIER

In Nordrhein-Westfalen wird die Landesregierung allgemeine Studiengebühren einführen. Hierfür gerät meistens die FDP in die Kritik. Schließlich produziert ihr Minister Andreas Pinkwart ständig logische und handwerkliche Fehler. Doch wie steht es mit der CDU? Die Partei des selbsternannten „Arbeiterführers“ Rüttgers hat sich in Nordrhein-Westfalen das Image der sozialen Modernisierung auf die Fahnen geschrieben. Das Studiengebührengesetz soll die Finanzierungsgerechtigkeit im Bildungswesen sichern, verkündet bereits sein Titel. Doch beim näheren Hinsehen wird klar: Die Rechnung geht nicht auf.

Um die Studiengebühren „sozial gerecht“ erscheinen zu lassen, soll es ein Kreditangebot durch die NRW-Bank geben. Damit können die

Studierenden ihre 500 € pro Semester finanzieren. Dieser Betrag, mit dem sich nur ein winziger Teil des Universitätshaushalts decken lässt, stellt für viele Studierende eine weitaus größere Hürde dar, als es auf den ersten Blick erscheint. Die Angst vor Verschuldung ist in bildungs- und vermögensfernen Teilen der Gesellschaft nämlich sehr viel ausgeprägter, als es die CDU/FDP-Landesregierung annimmt. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu wies schon 1979 in seiner Studie „Die feinen Unterschiede“ nach, dass das Verhalten von Menschen nicht immer rational begründet ist, sondern zu einem großen Teil aus den Lebensverhältnissen resultiert.

Diese Angst wird viele junge Menschen von einem Studium abschrecken und damit den seit Pisa allseits bekannten Zusammenhang von Herkunft und Bildungschancen weiter verschärfen. Trotz Abitur im Gepäck werden diese AbiturientInnen vor allem auf den „Ausbildungsmarkt“ drängen, der schon heute viel zu wenig Plätze bietet. Dort machen sie – notgedrungen – den Real- und HauptschülerInnen Konkurrenz, die eh schon schlecht dastehen. Doch solche gesellschaftlichen Wirkungen hat die Landesregierung bisher völlig ignoriert.

Die Gewerkschaften müssen sich bei den Protesten gegen Studiengebühren engagieren. Diese Veränderungen im Bereich des Bildungswesens können nicht im Sinne der abhängig Beschäftigten sein. Die Möglichkeit für eine Verkäuferin im Supermarkt, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen, waren noch nie groß; Kürzungen bei den Studentenwerken und die Privatisierung von Studienkosten machen das künftig noch schwerer – zumal auf die Verkäuferin gleichzeitig steigende Gaspreise und immer weitere Zuzahlungen in den Sozialversicherungen zukommen.

Die ver.di-Studierenden-AG in NRW setzt sich für öffentlich finanzierte Hochschulen ein, die allen Menschen in der Gesellschaft als ein Ort der Bildung dienen können und nicht nur dem Teil, der sich über die Senkung des Spitzensteuersatzes freut. Gerechtigkeit ist vor allem auch eine Frage der Bildungsmöglichkeiten jedes und jeder Einzelnen. ●

www.nrw-gegen-studiengebuehren.de/
www.abs-nrw.de/
www.biwifo.nrw.verdi.de/studierende



Foto: intro-foto

Lesen wird zu einer Frage des Geldbeutels

Stadtteilbibliotheken werden zusammengelegt, die LeserInnen müssen höhere Gebühren zahlen und dennoch ist nicht genug Geld für neue Bücher da. Die Situation in deutschen Bibliotheken ist dramatisch. ver.di setzt sich deshalb zusammen mit den Bibliotheksverbänden für ein Bibliotheksgesetz ein. Ziel ist die Sicherung von Mindeststandards, die den Zugang zu Information für alle Menschen ermöglicht – unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Stellung.

VON DOROTHEA STEFFEN

Gerade in Zeiten von PISA und Hartz IV haben Bibliotheken eine extrem wichtige bildungs-, kultur- und sozialpolitische Rolle. Doch seit Jahren kürzt die Politik hier permanent. Nicht nur durch die Einführung bzw. Erhöhung von Gebühren werden die Eintritts-Hemmschwellen vor den Bibliothekstüren immer höher. Sogar ganze Einrichtungen verschwinden. In Dresden sind seit 1998 sechs Zweigstellen geschlossen worden. Bei den Bücherhallen in Hamburg hat es in den letzten Jahren bereits zwei Konsolidierungsrunden gegeben mit mehreren Schließungen und Zusammenlegungen von Stadtteilbibliotheken. In der Hansestadt müssen NutzerInnen jetzt außerdem eine Gebühr für die Ausleihe von CDs bezahlen. Welch ein Paradox: Da werden bibliothekarische Weiterbildungen angeboten, wie man die Zielgruppe Jugendliche in die Bücherhallen holt und gleichzeitig wird das Medium, das für Jugendliche am interessantesten ist, mit einer Ausleihgebühr belegt.

PISA hat klar aufgezeigt, dass in unserem Land die Bildungschancen stark abhängig sind von der sozialen Herkunft. Mit gezielten Programmen in öffentlichen Bibliotheken könnte hier entgegengesteuert werden. Doch es geschieht das Gegenteil. Leseförderung, Integration von MigrantInnen und Alphabetisierung fallen hinten runter. Weil

die Arbeitsverdichtung in vielen Bücherhallen zugenommen hat, leidet die konzeptionelle Arbeit.

Darüber hinaus führt der Personalabbau vielerorts zu eingeschränkten Öffnungszeiten. Zusätzliche Bibliotheksangebote werden gestrichen. Mit dem Einsatz von unqualifizierten Ehrenamtlichen versuchen viele Kommunen, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Auch die Einrichtung von EDV-Selbstverbuchungsplätzen soll qualifiziertes Personal sparen, schreckt aber ungeübte BibliotheksnutzerInnen häufig ab und wirkt somit als neue soziale Hürde. Wie dramatisch die Situation mancherorts ist, zeigen beispielsweise Pläne aus Hannover. Dort sollen in der Stadtbibliothek bis Ende kommenden Jahres 26,5 der 220 Stellen abgebaut werden. Das sind 12,5 % !

Auch die wissenschaftlichen Bibliotheken leiden enorm unter dem Finanzmangel. Oft kann der Bestand nicht mehr auf dem Laufenden gehalten werden kann. Die Lücken zwingen die Studierenden dazu, sich immer häufiger Bücher aus auswärtigen Bibliotheken zu bestellen. Diese Fernleihen sind gebührenpflichtig und machen die Literaturversorgung vom verfügbaren Einkommen abhängig.

Niedersachsen versucht außerdem, mit einer Erhöhung der Mahngebühren um 33 bis 100 % Geld in die Kasse zu bekommen. Zusätzlich wird eine einmalige Gebühr für die Ausstellung eines Leseausweises von 5 Euro erhoben – eine Vorstufe einer Eintrittskarte für wissenschaftliche Bibliotheken!

All das zeigt, wie dringend notwendig eine gesetzliche Standard-Setzung ist. Allerdings ist zu befürchten, dass ein jetzt auf den Weg gebrachtes Gesetz bereits zu spät käme. vielerorts droht der Standard in den Bibliotheken bereits heute unter ein vertretbares Mindestmaß zu sinken. ●

Wie beurteilen Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen für Bibliotheken?

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind in den letzten Jahren zurückgebaut worden. Zum Beispiel hatten die Bibliotheken in der DDR eine wichtige Stellung und waren eigenständig. Der Standard war hoch. In den neunziger Jahren haben sich insbesondere Länder und Bund mit ihrem Engagement, übergreifende Vorhaben zu unterstützen, zurückgezogen. In den Kommunen gibt es ganz wenige Selbstverpflichtungen in Form von Zielvereinbarungen oder Bibliotheksentwicklungsplänen. Das liegt u.a. auch an fehlenden gesetzlichen Regelungen.

Wäre die Verabschiedung eines Bibliotheksgesetzes hilfreich?

Bibliotheken sind Schlachtopfer in der derzeitigen Finanzmisere, weil es kein Bibliotheksgesetz gibt. Bibliotheken müssen wie Schulen und Kindergärten zur Pflichtaufgabe werden. Ebenso müssen größere Selbstständigkeit und finanzielle Rahmenbedingungen für die Bibliotheken gesichert und Qualitätsstandards definiert werden. Ein Gesetz, das allzu oft die Formulierung „nach Maßgabe des Landeshaushaltsplans“ enthielt, wäre nicht hilfreich. Ein Bibliotheksgesetz ist nur sinnvoll, wenn es auf einem zukunftsorientierten Standard aufsetzt, die Hemmnisse des Föderalismus und der Sparten im Bibliothekswesen überwindet und alle regelungsrelevanten Sachverhalte der kulturellen Bildung (u.a. Urheberrecht, Datenschutz etc.) berücksichtigt.

Regine Wolf-Hauschild, Direktorin der Stadtbücherei Heidelberg, bei einer Anhörung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages am 14. 3. 2005.

Gekürzt durch die Redaktion. Original: www.stadtbuecherei-heidelberg.bib-bw.de/seiten/seite906.htm

■ **Jugend bildet sich und andere**

Die DGB-Jugend hat ihr Bildungsprogramm für das Jahr 2006 veröffentlicht. Darin werden gezielt die gewerkschaftlichen MultiplikatorInnen angesprochen. In den Bereichen „Qualifizierung“ und „Politik“ gibt es modulartig aufgebaute Angebote für den gewerkschaftlichen Alltag von Haupt- und Ehrenamtlichen – von Methoden in der Bildungsarbeit über Fragen der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Seminaren zur Wirtschafts- oder Sozialpolitik. Auch spezielle Angebote für Auszubildende in Berufsschulen und Oberstufenzentren sind zu finden. So kann man sich zum Teamer oder zur Teamerin für den Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ ausbilden lassen.

www.dgbjugendbildung.de

■ **DIN schließt öffentliche Spezialbibliothek**

Die Betriebsräte des Deutschen Instituts für Normung (DIN) und von dessen Tochterunternehmen DIN IT Service haben Bußgeldanzeigen gegen die Institutsleitung erstattet. Damit wehren sich die Interessenvertretungen gegen die zum Jahresende 2005 verfügte Schließung der dortigen Spezialbibliothek und die Kündigung von vier langjährig Beschäftigten. Die so genannte virtuelle Datenbank, deren Terminals im Foyer und intern als Ersatz zur Verfügung stehen, kann das Leistungsspektrum der bisherigen Spezialbibliothek für das Gebiet der Normung nicht ersetzen. Die ver.di-Betriebsgruppe fordert deshalb eine Rücknahme des Schließungsbeschlusses und die Wiedereinstellung der Gekündigten und die Rückkehr zu intelligentem, mitarbeiterorientiertem Management.

Ein Signal für den Flächentarifvertrag

Für den Bereich des Bundes und der Kommunen gilt seit dem 1. Oktober 2005 ein neues Tarifwerk. Der Tarifvertrag öffentlicher Dienst – TVöD – wurde in Rekordzeit erarbeitet. Er war Bestandteil des so genannten Potsdamer Tarifabschlusses im Januar 2003. Mittels eines Überleitungsvertrages (TVÜ) werden die Beschäftigten in das neue Eingruppierungssystem überführt.

Keine Reform ohne Gewinner und Verlierer – keine Reform ohne Kritik. Hierzu befragte die biwifo-Redaktion Wolfgang Pieper, der seit vielen Jahren das Tarifgeschehen im Wissenschaftsbereich begleitet.

biwifo: Haben dir viele verärgerte KollegInnen geschrieben?

Wolfgang Pieper: Nein! Es gibt zwar kritische Stimmen, aber die Mehrheit der Mitglieder ist im Großen und Ganzen mit den Ergebnissen zu TVöD zufrieden. Die unkorrekte Umsetzung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber ist auch häufig Anlass für Kritik. Die Tarifeinigung hat ein deutliches Signal für Flächentarifverträge gesetzt – vor dem Hintergrund, dass immer mehr öffentliche Arbeitgeber ihr Heil in der Tariffucht gesucht haben. Ausgründungen und Austritte aus dem Arbeitgeberverband hatten ja zugenommen. Deshalb war der Abschluss außerordentlich wichtig. Wir haben bewiesen, dass ver.di in schwierigen Zeiten handlungsfähig ist.

Im Februar findet ein Spitzengespräch mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt. Würdest du schon heute eine Prognose wagen?

Im September 2005 haben wir mit der TdL Arbeitsgruppen gebildet, die die sich aus dem neuen Tarifvertrag ergebenden Fragen klären und die länderspezifische Regelungsnotwendigkeit herausarbeiten sollten. Ursprünglich sollten die Gruppen bis Ende Dezember fertig sein, so dass in einem Spitzengespräch Ende Januar/Anfang Februar die Ergebnisse bewertet und das weitere Vorgehen hätte vereinbart werden können. Auf der Arbeitsebene gab es aber bei den entscheidenden Punkten keine Annäherung. Ein Gespräch mit der TdL-Spitze hätte auch vor Beginn des Arbeitskampfes im kommunalen Bereich der Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg Sinn gemacht.

Wir konnten jedoch keinen gemeinsamen Termin finden. Jetzt werden wir erst einmal mit dem Arbeitskampf im kommunalen Bereich beginnen. Aber auch auf Länderebene sind in den Einrichtungen, in denen gestreikt werden soll, Urabstimmungen geplant, um anschließend in einen längeren Streik eintreten zu können. ver.di ist geschäftsbereit. Aber es wird nur in länderspezifischen Fragen abweichende Regelungen vom TVöD geben.

Kommen wir zu den „Tarifliche Regelungen im Bereich der Wissenschaft“. Die gegenwärtigen Gespräche mit Vertretern von TdL und Hochschulrektorenkonferenz sind der dritte Anlauf, den ver.di und GEW für wissenschaftsspezifische Regelungen unternehmen. Wie schätzt du die Erfolgchancen ein?

Wir wollen tarifliche Regelungen für den Bereich Wissenschaft. Ich gehe davon aus, dass es eine tragfähige Lösung geben wird. Allerdings müssen sich die wissenschaftlichen Beschäftigten noch besser gewerkschaftlich organisieren und aktiv werden, damit den Arbeitgebern etwas entgegengesetzt werden kann.

Kritik gibt es an der Überleitung von befristeten BAT-IIa-Beschäftigten. Nach der Regelung bei Bund/Kommune kommen sie in die Entgeltgruppe 14, was der TdL zu teuer war. Die Gewerkschaften haben Kompromissbereitschaft gezeigt, die – kurz gesagt – zu Lasten des befristeten wissenschaftlichen Mittelbaus an den Universitäten geht.

Unser Vorschlag zur Überleitung und Einordnung der Beschäftigten ging keineswegs zu Lasten des befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mittelbaus. Vielmehr haben wir die heute geltenden Eingruppierungsregelungen zugrunde gelegt. Mit 3130 Euro sollte der Einstieg erfolgen, und über 3300 Euro nach zwei Jahren sollten nach weiteren vier Jahren 3900 Euro erreicht werden. So sollten Mehrbelastungen der Länder vermieden werden - ohne Nachteile für die Beschäftigten. Dieser Vorschlag ist besser als die Regelung, die mit dem TVÜ für den Bund getroffen wurde. Nur den Ländern ist dies nach wie vor zu teuer. Es lohnt sich, für unseren Kompromissvorschlag zu kämpfen. ●

Interview: Hannelore Reiner



Fotos: Privat

Zum Glück besteht das Leben aus mehr als aus Arbeit

Das bin ich: Cristiano Marcellino, 33 Jahre, Doktor der Wissenschaftspolitik. Geboren im tollen und sehr warmen Süditalien – genauer in Praia a Mare. Die Pizza und Pasta, die es dort gibt, sind Grill- und Bratwürsten geschmacklich mehrere tausend Kilometer überlegen, aber das nur am Rande. Auch ansonsten gefällt mir der Süden Europas sehr gut.

Warum ich nicht dort geblieben bin? Ich bin wegen der Liebe nach Thüringen umgezogen. In Rom hatte ich eine Sächsin kennen gelernt und ich bin ihr gefolgt nach Erfurt, wo sie studiert. So hat mein Abenteuer und mein ganz neues Leben in Deutschland plötzlich begonnen.

Eine der größten Hürden war zunächst das Erlernen der deutschen Sprache – zusätzlich erschwert durch den Thüringer Dialekt vor allem meiner Hausmitbewohner. Und dann natürlich: Die Arbeit. Was prekär zu leben bedeutet, konnte ich ja schon aus Rom, wo ich nicht nur an der Uni unterrichtet habe, sondern auch viel mit MigrantInnen zu tun hatte. Bei der italienischen Gewerkschaft CGIL habe ich mich für die Verteidigung der Menschenrechte von Kindern und Einwanderern eingesetzt. Doch was Flexibilität wirklich bedeutet, habe ich dennoch erst hier in Deutschland richtig verstanden.

Meine erste Aktivität war ein Praktikum – eine schöne Erfahrung im Thüringer Landtag bei der PDS-Fraktion im Bereich europäische Politik. Leider ist das Praktikum nach ein paar Wochen nicht weitergegangen, und ich musste erneut „auswandern“, dieses Mal nach Westen – genauer nach Frankfurt am Main. Es war ein Mini-Job, der mich jetzt zum Umzug verführen sollte. Ich hatte keine Ahnung, was für eine Kreatur dieser Mini-Job war: Flexibilität in seiner reinsten Form. Unsichere Stellen waren und sind für

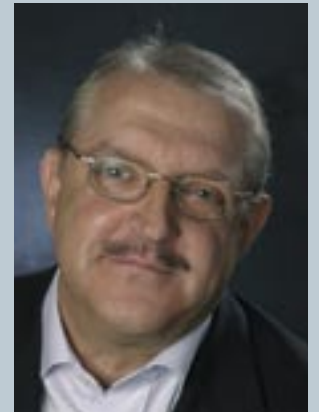
Freu(n)de in Deutschland

mich keine Neuigkeit, aber mit einer so großen Vernachlässigung der Rechte der ArbeitnehmerInnen hätte ich nicht gerechnet. Natürlich bin ich nach dem Minijob als Mitarbeiter geblieben. Dabei habe ich dann eine weitere Erfahrung mit der Flexibilität gemacht: die Probezeit. An deren Ende endete auch mein Arbeitsvertrag! Wie sagte der Personalleiter: „Wir müssen flexibel sein“. Vielleicht waren meine tausend Kilometer pro Woche und die „Zimmer frei“-Übernachtungen in der Nähe der Stadt ja immer noch zu unflexibel. Jedenfalls konnte ich mich leider nicht in einen Auszubildenden oder 1-Euro Jobber verwandeln und stand wieder auf der Straße.

Aber das Leben ist, zum Glück, nicht nur Arbeit, auch wenn das in diesem Land ein bisschen schwer zu verstehen ist. Darum habe ich in der Gesellschaft eine Unterstützung gesucht. Studium, Sport, Politik – leider aber konnte ich fast zwei Jahre lang trotz guter Kontakte und viel Engagement keine richtige Freundschaft aufbauen. Nun, so dachte ich, werde ich es mit der Neuorientierung meiner Sozialintegration versuchen, um die wirklichen Freuden der deutschen Gesellschaft zu entdecken. Mein italienisches Temperament sollte ich wohl ein bisschen im Standby lassen, dann könnte ich die deutsche Gesellschaft besser und richtiger analysieren, dachte ich. Dann würde ich endlich auch hier Freunde und Freundinnen finden, richtige Freunde, die mir mindestens drei Briefe pro Monat schreiben.

Tatsächlich: Heute rufen mich viele Leute an und es werden immer mehr. Schade, dass ich sie nie persönlich kennen lernen kann, und wenn sie mich einladen, ist es immer nur aus Höflichkeit. Und sie lassen mich lang, lang warten. Oft fragen sie dasselbe oder sie verlangen zu viel: Sie wollen Einzelheiten wissen, an die ich mich nicht erinnern kann. Echt neugierig meine deutschen Freunde.

Wie sie heißen? Standesamt, Arbeitsamt, Finanzamt, Krankenversicherung... Mamma mia, die fantastische Welt der deutschen Bürokratie! ●



■ Helmuth Kramer leitet den Bundesfachbereichsvorstand

Helmuth Kramer ist seit Oktober 2005 Vorsitzender des Bundesfachbereichsvorstandes. Dessen Mitglieder haben ihn bei einer Enthaltung und zwei Gegenstimmen gewählt. Er löst den Kollegen Bernhard Kunze ab, der altershalber aus dem Präsidium ausscheidet.

Der 55-jährige Kramer ist seit 1975 beim Berufsbildungswerk des DGB tätig. Bis 1995 war er dort Lehrer für UmschülerInnen, danach baute er die Sparte Personaldienstleistungen beim bfw mit auf. Er ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates beim bfw und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat. Seit der Gründung von ver.di ist Kramer Mitglied der Bundesarbeitsgruppe Weiterbildung. Gleichzeitig war er stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachbereichsvorstandes. Dort rückt nun Peter Mitnacht nach, Mitglied der Bundesarbeitsgruppe Archive, Bibliotheken und Dokumentationseinrichtungen.

■ WissenschaftlerInnen mit Kindern organisieren sich

In Göttingen hat sich im Dezember vergangenen Jahres eine bundesweite Interessenvertretung Wissenschaft und Familie – IWifa – gegründet. Es handelt sich dabei um einen Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen, die als Eltern Familie und Beruf miteinander verbinden wollen bzw. müssen. www.iwifa.org

Servicekräfte aller Nationen aus Studentenwerken, Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Termin: 03.04.2006 – 06.04.2006
 Ort: ver.di – Institut für Bildung, Medien und Kunst Lage-Hörste
 Seminarnummer: LH 6040305

Information über:

ver.di – Institut für Bildung, Medien und Kunst
 Teutoburger Waldstraße 105, 32791 Lage-Hörste
 Fax: 0 52 32/9 83-4 62
 E-Mail: bst.imk@verdi.de

Aktiv in Betrieb und Gesellschaft

Termin: 27.03.2006 – 31.03.2006
 Ort: ver.di – Bildungs- und Begegnungsstätte Clara Sahlberg
 Seminarnummer: BE 6032706

Information über:

ver.di – Bildungs- und Begegnungsstätte „Clara Sahlberg“
 Koblanckstraße 10, 14109 Berlin
 Fax: 030/80 67 13-5 60
 E-Mail: daniela.suttner@verdi.de

Weitere Seminare:

www.verdi-bildungsportal.de und
www.verdi-zentrale-seminare.de



Zeichnung: Reinhard Alif

Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin



Ich möchte Mitglied werden ab:

Erwerbslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
 Schüler/in-Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Persönliche Daten:

Name _____
 Vorname/Titel _____
 Straße/Hausnr. _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Telefon _____
 E-Mail _____
 Geburtsdatum _____
 Staatsangehörigkeit _____
 Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellter/in
 Selbstständig/e/r freier Mitarbeiter/in

Vollzeit Teilzeit _____ Anzahl Wochenst. _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftzugverfahren

monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich

einzuheben.

Name des Geldinstituts/Filiale (in): _____
 Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
 Name Kontoinhaber/in (in in: bruttobuchstabieren) _____
 Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____
 Tarifvertrag _____
 Tarif-, Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____
 Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____
 regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____
 Euro _____

Beschäftigt bei Beschäftigtenstellenformalstatus _____
 Straße/Hausnummer im Betrieb _____
 PLZ _____ Ort _____
 Personalnummer im Betrieb _____
 Wirtschafts-/Geschäftszweig ausgewählte Tätigkeiten _____
 ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft:

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentnerinnen, Pensionärinnen, Vorruhestrußenfrauen, Krankengeldbezieherinnen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoverdienstes. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, SchülerInnen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfängerinnen und Sozialhilfeempfängerinnen beträgt der Betrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____
Werber/in:
 Name _____
 Vorname _____
 Mitgliedsnummer _____